

Niederschrift

zur 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 06.11.2014	18.30-22.40 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom, Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann, Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer, Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke, Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Katja Dost , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Reinhard Ksink ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke , Lars Aulich ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Anke Marggraf , Jürgen Roch ,

Abwesend

Vorsitz

Jürgen Teichmann entschuldigt,

CDU-Fraktion

Rolf Hilke entschuldigt

FDP-Fraktion

Lutz König entschuldigt

Fraktion DIE LINKE.

Janett Seiler entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird aufgrund einer Erkrankung des Vorsitzenden durch seine erste Stellvertreterin, Abg. Fiedler, geleitet. Sie begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 5. Sitzung der STVV.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 27 (ab 18.45 Uhr 28) Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Persönliche Erklärung des Abg. Matthias Rudolph

Der Abg. Rudolph geht in seiner persönlichen Erklärung auf die Sitzung des Hauptausschusses am 29.10.2014 ein und bringt sein Unverständnis und seine Kritik über den Verlauf zum Tagesordnungspunkt „Fürstenwalder Frühlingfest 2015“ zum Ausdruck sh. Anhang zur Niederschrift.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die BFZ-Fraktion beantragt die Vertragung der Tagesordnungspunkte 8.11. (24. Änderung des FNP, Einleitungsbeschluss) und 8.12. (BPlan 82 „Caravancenter Lindenstraße“ Beschluss über den Entwurf zur Auslegung), da eine ausführliche Beratung noch nicht möglich war. Nachdem es sowohl eine Dafür-, als auch eine Gegenrede zum Antrag gab, wird dieser mit 9 Ja-, 16 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Stadtentwicklungsausschuss bittet, die DS-Nr. 6/055 Standort Boje am Kreisel auf die Tagesordnung zu setzen, da die dort gefasste Entscheidung durch die STVV formal zu beschließen ist.

Dieser Antrag wird mit 25 Ja- und 2 Gegenstimmen befürwortet.

Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Bestätigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 25.09.2014

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Informationen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende informiert über den Tag der offenen Tür an den Fürstenwalder Grundschulen (8. 11.) und über den am 9.11. stattfindenden Lichtermarsch sowie ein Schreiben des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bezüglich der Sachstandsentwicklung zum Verfahren FGL, dass den Stadtverordneten und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zur Kenntnis gegeben wurde.

TOP 7 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister blickt auf folgende Termine und Veranstaltungen zurück:

- 04.10.2014 20 Jahre Golden Voices
- 09.10.2014 4. Klimatisch zur Diskussion mit Experten zur regionalen Energieer-

zeugung

- 12.10.2014 9. Mittelaltermarkt
- 17.10.2014 Benefizkonzert zur Restaurierung des Jagdschlusses – leider haben keine Abgeordneten teilgenommen
- 18.10.2014 5jähriges Bestehen der Löschzwerge
- 18.-26.10. 13. Jazztage
- 01.11.2014 Sportlerball der BSG Pneumant
- 05.11.2014 8. Kinderturntag des Lokalen Bündnisses für Familie in Kooperation mit der BARMER und weiteren Partner
- 06.11.2014 50 Jahre NCC

und gibt einen Ausblick auf:

- 12.-14.12.2014 Weihnachtsmarkt rund um den St. Marien-Dom
- 09.01.2015 Neujahrsempfang im OSZ Palmnicken

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger aus der Lindenstraße nimmt zu dem Schreiben des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 05.11.2014 Stellung. Daraus ergeben sich noch weitere Fragen, die er gern beantwortet hätte. Mit der Sperrung der Zufahrt zum Betriebsgelände der FGL zwischen den Grundstücken Lindenstraße 49 und 50 in den Nachtstunden zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr eine zufriedenstellende Lösung für die Anwohner gefunden. In dem Antwortschreiben der FGL vom 21.03.2014 zur Anhörung geht hervor, dass sich die FGL bereit erklärt, außerhalb der Erntezeit die Zufahrt zwischen der Lindenstraße 49 und 50 A zu sperren. Leider ist unklar, ob sich die Sperrung auf den gesamten Zeitraum außerhalb der Erntezeit bezieht oder explizit auf die Nachtstunden. Er bittet in diesem Punkte um Aufklärung. Gleichzeitig macht er noch einmal auf die Feinstaub- und Abgasimmission aufmerksam, die nach seiner Auffassung nur durch die komplette Sperrung der jetzigen FGL-Zufahrt zu reduzieren ist. Der Bürgermeister erinnert, dass diese, und auch die in vorangegangenen STVV gestellten Fragen nur das zuständige Landesamt beantwortet kann. Die Stadt Fürstenwalde kann in diesen Prozess nicht eingreifen. Das LUA ist an diesem Thema dran.

Der Bürger nimmt weiterhin zu dem Caravancenter in der Lindenstraße Stellung und bittet die Stadtverordneten, die Beschlussfassung in dieser Angelegenheit zu überdenken.

Ein Bürger vom Ketschendorfer Anger spricht den geplanten Pendlerparkplatz an und macht auf eine Online-Petition zum Erhalt des historischen Ketschendorfer Angers aufmerksam, die die Anwohner erstellt haben. Sie wird dem Bürgermeister übergeben. Die Anwohner sprechen sich gegen den geplanten Mitfahrerparkplatz mit 90 Stellplätzen und gegen den bereits vorhandenen „wilden“ Parkplatz aus. Sie fordern, dass der Beschluss für den Anger nicht gefasst wird und ein Pendlerparkplatz im Umfeld der A 12 an anderer geeigneter Stelle gebaut wird.

Ein Bürger aus Fürstenwalde Nord stellt folgende Fragen:

Warum beabsichtigt die Stadt schon wieder Bauflächen für Eigenheimbauer zu schaffen, obwohl sich die vorhandenen Flächen offensichtlich nur schleppend verkaufen?

Der Bürgermeister antwortet, dass es eine Reihe von Interessenten für ein Baugrundstück in Fürstenwalde Nord gibt.

Warum muss die Grünfläche Karl-Liebknecht-Straße/Nordpark erweitert werden - man

könnte auch diese Fläche als Bauland ausweisen.

Der Bürgermeister berichtet, dass diese Fläche vom Landkreis mit der Auflage zur Verfügung gestellt wurde, eine Grünfläche zu schaffen.

Wie setzt die Stadt ihr integriertes Klimakonzept von November 2011 bei der städtebaulichen Planung um, wenn sie durch die angestrebte Zusammenlegung von Grünflächen die klimatischen Frisch- und Kaltluftkanäle in der Stadt zerstört?

Der Abg. Wende meint, dass das Klimakonzept nur langsam umgesetzt wird. Bezüglich kleiner städtischer Erholungssoasen und grüner Parkanlagen vertritt er aber durchaus die Auffassung, dass diese in der Stadt gut geschaffen wurden.

Wie berücksichtigt die Stadt bei der städtebaulichen Planung die Altersstruktur der Anwohner eines bestimmten Wohngebietes bzw. warum lernt sie nicht aus den Bürgerinitiativen Ketschendorfer Anger und Roteichenstraße dazu und bezieht die Anwohner mit ein und versucht, Wünsche und Anregungen zu berücksichtigen?

Der Bürgermeister vertritt die Auffassung, dass genau das getan wird, in dem die Verwaltung Ideen und die öffentlichen Diskussionen anregt, Auslegungsmechanismen in Gang setzt und die BürgerInnen dann die Möglichkeit haben, sich einzubringen.

Der Abg. Wende wiederholt seine Einladung zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung am 20.11.2014 im Sportlerheim der SG Gaselan.

Wie berücksichtigt die Stadt bei ihrer städtebaulichen Planung stadtgeschichtlich bedeutsame Gebäude und Plätze, die Zeitzeugen der Stadtplanung des Anfang des 19. Jh. sind?

Herr Tschepe erläutert, dass der historische Aspekt einer unter mehreren Abwägungsentscheidungen ist. Daneben spielen das Klima, die Erholung, die Grünfläche aber auch der Wohnungsbedarf eine weitere Rolle.

Abschließend stellt der Bürger angesichts der angespannten Haushaltssituation die Frage, was verkauft die Stadt, wenn nichts mehr zu verkaufen ist?

Der Bürgermeister führt aus, dass sich das Vermögen der Stadt stetig erhöht, weil i.d.R. mehr gekauft als verkauft wird.

TOP 9 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 9.1 Benennung der Mitglieder für den Seniorenbeirat

Für den Seniorenbeirat haben sich folgende Personen im Fachausschuss bzw. in der STVV vorgestellt:

Frau Heidemarie French, Herr Hans-Christian Karbe, Herr Heinz-Georg Lehmann, Herr Klaus Hemmerling, Herr Wolfgang Petenati, Frau Erika Lux, Frau Monika Baumgart
Seitens der Stadtverordneten gibt es keine Fragen an die Kandidaten.

Der Seniorenbeirat wird mit 25 Ja, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen bestätigt. Die Stadtverordneten wünschen viel Erfolg und Freude bei der Arbeit.

TOP 9.2 Antrag der BFZ-Fraktion (im Sozialausschuss modifiziert) "Kostenfreie Schwimmkurse für Kinder"

Die Vorsitzende verliest dazu die Empfehlung des Fachausschusses. „Die Stadt Fürstenwalde wird beauftragt, ab dem Jahr 2015 für Fürstenwalder Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren kostenfreie Schwimmkurse in angemessenem Umfang anzubieten und ab dem Haushaltsjahr 2015 die entsprechenden Mittel bereit zu stellen“.

Der Erste Beigeordnete spricht gegen diesen Antrag und begründet, dass das SCHWAPP gegenwärtig Schwimmkurse für 145 € (ab 2015 für 150 €/Kurs) anbietet. Jetzt werden durchschnittlich 18 Kurse (pro Kurs 10 Kinder) angeboten, daneben bieten

auch der Fürstenwalder Schwimmverein und die DLRG Schwimmkurse an. Die Anzahl der Durchgänge lassen sich im SCHWAPP nur zu Lasten anderer Angebote erhöhen, da dafür nur Außenbahnen geeignet sind. Von den 180 Teilnehmern kommen ca. 60 aus der Stadt, 120 aus dem Umland. Pro Jahrgang gibt es jedoch ca. 300 Kinder, d.h. derzeit wird nur 1/5tel erreicht. Würde das Schwimmangebot für alle 300 Kinder gelten, schließe das mit rd. 45.000 € zu Buche. Er stellt außerdem in Frage, dass ein kostenfreies Angebot alle Kinder bzw. die Erziehungsberechtigten erreicht und für alle verpflichtend ist. Aber es gibt für die 3 und 4. Klassenstufe eine Verpflichtung, die sich aus dem Lehrplan, Kapitel 3, ergibt. Diese Verpflichtung –eine Entscheidung der Schule- kann auch auf die Klassenstufen 1 und 2 übertragen werden. Damit gibt es ausreichende Instrumente, um diesem Anliegen des Antrages der BFZ-Fraktion gerecht zu werden und das, ohne zusätzliche Aufwendungen aus der Stadtkasse einzusetzen. Er bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.

Von der SPD-Fraktion wird ein Änderungsantrag vorgelegt. „Die Verwaltung wird beauftragt, in der jeweiligen Schulkonferenz zu beantragen, den Schwimmunterricht frühzeitig und vor der Klassenstufe 3 durchzuführen“.

Die Abg. Wagner begründet den Antrag, nach dem im Brandenburgischen Schulgesetz sind die Schulkonferenzen berechtigt, im Konsens mit dem Rahmenlehrplan den Schwimmunterricht zeitlich nach vorn zu verlegen. Dadurch ist es möglich, den Unterricht ab der 1. Klasse mit Bundesfinanzierung durchzuführen. Damit würde der gewünschte Schwimmunterricht abgesichert. Nach Aussagen der Kitas sind die Schwimmkurse für kleinere Kinder mit dem vorhandenen Personal aufgrund des erhöhten Arbeitsaufwandes nicht zu leisten. Des Weiteren stellt die Abg. Wagner die Frage, aus welchen Mitteln der freiwilligen Leistungen die Finanzierung kommen soll und welche anderen freiwilligen Leistungen dadurch gekürzt werden sollen.

Angesichts der Ausführungen von Herrn Dr. Fehse und dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion beantragt die BFZ-Fraktion eine kurze Beratungspause.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Der Abg. Rudolph bringt anschließend sein Erstaunen über die Ausführungen des Ersten Beigeordneten zum Ausdruck, die in keiner Weise in einer der vorangegangenen Diskussionen geäußert wurden, ganz im Gegenteil. In einer gemeinsamen Beratung wurden andere Standpunkte vertreten.

Der Abg. Zänker unterstützt den Antrag der BFZ-Fraktion, möchte aber eine Höchstgrenze für die Kosten festlegen und die Aufwendungen für freiwillige Leistungen erhöhen. Als Deckungsquelle schlägt er vor, das Geld aus den Gewinnen des Stadtförstes aufzubringen.

Der Abg. Wende warnt davor, den Stadtforst zu belasten. Er erinnert aber auch, dass dieser Antrag der BFZ-Fraktion seit langem und von allen wohlwollend diskutiert wurde. Die hier nun gewählte Art und Weise des Umgangs miteinander stößt auf seine Kritik. Nach wie vor unterstützt die Fraktion DIE LINKE. den Antrag, kostenfreie Schwimmkurse für alle Kinder anzubieten. Sie sieht aber auch in dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion den Ansatz, das Ansinnen weiterhin zu unterstützen. Deshalb schlägt er vor, beide Anträge unter einen Hut zu bringen.

Er formuliert zusätzlich: Die Verwaltung wird beauftragt, in den Schulkonferenzen seitens der Schulträger den Vorschlag zu unterbreiten, das Schulschwimmen schon vor der Klassenstufe 3 einzubinden. Damit haben alle, auch die Eltern, das Wunsch- und Wahlrecht einzubringen. Er vertritt jedenfalls die Auffassung, dass die Lösung in der Zusammenbringung beider Anträge liegt.

Der Abg. Rausch zeigt nochmals die Kostenneutralität für die Stadt auf, wenn der Änderungsantrag seiner Fraktion Zustimmung findet.

Die Abg. Fiedler weist darauf hin, dass dann eine Umsetzung nicht mehr ab dem Jahre 2015 zu realisieren ist. Des Weiteren fragt sie, wie mit den privaten Schulträgern umgegangen werden soll.

Nachdem weitere Argumente und Fragen ausgetauscht wurden, wird für eine konsensfähige gemeinsame Lösung geworben. Es wird der Beschlussvorschlag formuliert:

Die Stadt Fürstenwalde wird beauftragt, ab dem Jahr 2015 für Fürstenwalder Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren kostenfreie Schwimmkurse in angemessenem Umfang anzubieten und ab dem Haushaltsjahr 2015 die entsprechenden Mittel bereit zu stellen. Vorrangig wird die Verwaltung beauftragt, in den jeweiligen Schulkonferenzen zu beantragen, dass der Schwimmunterricht im Einverständnis mit den Eltern frühzeitig und vor der Klassenstufe 3 durchgeführt wird. Dies könnte zu einer Kostenneutralität führen.

Nachdem auch darüber diskutiert wird, beantragt der Abg. Hamacher die Abstimmung darüber.

Abstimmung: 21 Ja 5 Nein 2 Enthaltungen
Damit ist der Antrag so angenommen.

TOP 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: Schulsozialarbeit an Grundschulen ab 2015/2016

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor. Abg. Wende begründet ihn kurz und erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. ihn in der heutigen Sitzung einbringen und zur Beratung in den Fachausschuss verweisen möchte.

Der Bürgermeister führt aus, dass dem Antrag inhaltlich gefolgt werden kann. Er bringt einige Zahlen vor und bittet, diese in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen. Ein Sozialarbeiter an Schulen kostet rd. 33.000 €, also 125.000 € für die vier städtischen Grundschulen. Dazu kämen noch zwei freie Grundschulen. Dies ist durch die Stadt allein nicht zu finanzieren. Hier sind die übergeordneten Institutionen gefragt. Insofern ist die Finanzierung im Vorfeld einer grundsätzlichen Entscheidung zuzuführen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: LKW-Verkehr aus der Stadt

Auch diesen Antrag stellt der Abg. Wende kurz vor. Er soll in der heutigen Sitzung eingebracht und zur Beratung in den Fachausschuss verwiesen werden.

Die SPD-Fraktion legt einen Änderungsantrag vor und bittet, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, welche Straßen der Stadt für Tempo 30 in der Zeit zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr in Betracht kommen.

Die Abg. Wagner meint, dieser Antrag gehe durchaus mit dem der Fraktion DIE LINKE. konform, beide sollten deshalb gemeinsam im Fachausschuss beraten werden. Sie bittet die Verwaltung, sich entsprechend vorzubereiten.

Der Abg. Petenati weist auf die Auswirkungen des Lkw-Verkehrs in der Triftstraße und am Weinberggrund hin und meint, auch die Hinweise der dortigen Anwohner müssten im

Fachausschuss berücksichtigt werden.
Über beide Anträge wird abgestimmt.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.5 Jahresabschluss 2011; hier: Fürstenwalder Sport- und Freizeiteinrichtungen - Kommunalen Eigenbetrieb 6/049

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss 2011 fest.

Zustimmung Ja 24 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem Bürgermeister für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen.

Zustimmung Ja 23 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Jahresfehlbetrag von 371.082,40 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

TOP 9.6 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Schlussbericht der Rechnungsprüfung über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 6/039

Der Abg. Rausch informiert über die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses wie folgt.

Der Ausschuss für Rechnungsprüfung hat sich in seiner Sitzung am 13.10.2014 einstimmig den im Schlussbericht der Prüferin enthaltenen Feststellungen angeschlossen. Er empfiehlt der STVV sich ebenfalls anzuschließen.

Jedoch soll vorher auf folgende Punkte des Schlussberichtes und Anmerkungen der Prüferin hingewiesen werden, um ihnen Nachdruck und Gewicht zu verleihen.

In ihrem Schlussbericht zum Jahresabschluss 2012 bemängelte die Prüferin, dass eine Inventur sämtlicher Vermögens- und Schuldenpositionen der Stadt zum letzten Mal im Jahr 2007 durchgeführt wurde. Gemäß § 35 Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg ist diese alle 3 bis 5 Jahre durchzuführen. Auch im Jahr 2013 erfolgte diese Kontrolle nicht.

Der Rechnungsprüfungsausschuss geht davon aus, dass die Inventur in diesem Jahr stattfindet.

Weiterhin merkt die Prüferin an, dass eine Forderungs- und Rückstellungsrichtlinie zur Effektivierung, Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeit der Mitarbeiterinnen in der Kämmerei und der Sachbearbeiter in den Fachbereichen beitragen würde und auch eine zeitnahe Aufstellung des Jahresabschlusses zum Ende des folgenden Jahres wie es nach § 82, Abs. 4 BbgKVerf gefordert ist, begünstigen würde.

Der Rechnungsprüfungsausschuss schlägt deshalb vor, eine solche Richtlinie zu erarbeiten.

Obwohl die Kennziffern zu den Planprodukten 2012 überarbeitet wurden, erfolgte eine Abrechnung im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss nicht. Hier bittet der Rechnungsprüfungsausschuss, künftig darauf zu achten.

Abschließend empfiehlt die Prüferin die Reduzierung des Kassenkredites der Stadt und damit auch verbunden den stufenweisen Abbau des Schweizer-Franken-Kredites.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Schlussbericht der Prüferin an mehreren Stellen Regelungs- und Optimierungsbedarfe aufzeigt. Insbesondere der Ausbau des internen Kontrollsystems mit einer gleichzeitigen Anpassung an neue gesetzliche Regelungen und die Gestaltung zur Gewährleistung einer fristgerechten Beschlussfassung über den Jahresabschluss bedürfen aus Sicht der Rechnungsprüferin und des Ausschusses für Rechnungsprüfung einer vordringlichen Verbesserung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beschlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 zur Kenntnis und schließt sich den darin enthaltenen Feststellungen an.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.7 Beschluss über den Jahresabschluss 2012 gemäß § 82 der Brandenburgischen Kommunalverfassung 6/038

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses erläutert, dass der Jahresabschluss 2012 den Mitgliedern des Ausschusses am 09.09.2014 durch Dr. Fehse vorgestellt und zur Prüfung übergeben wurde. Nach individueller Prüfung stellten die Ausschussmitglieder einen Katalog mit rd. 35 Nachfragen zusammen. Diese wurden ihnen in einer Gesprächsrunde mit dem Bürgermeister, dem Ersten Beigeordneten und der Rechnungsprüferin am 29.09.2014 sowie in der Ausschusssitzung am 13.10.2014 zufriedenstellend beantwortet. Mit 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung empfiehlt der Ausschuss deshalb, den Beschluss des geprüften Jahresabschlusses 2012 zu bestätigen und dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den geprüften Jahresabschluss 2012 gemäß
Anlage.

Zustimmung Ja 22 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0

2. Die Stadtverordnetenversammlung entlastet den Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2012.

Zustimmung Ja 21 Nein 3 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 9.8 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/042

Der Erste Beigeordnete erläutert die beabsichtigte Anpassung der Hundesteuersatzung ausführlich.

In der anschließenden Diskussion werden unterschiedliche Statements abgegeben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, von einer Steuererhöhung für Bedürftige für den Ersthund abzusehen. Der Abg. Sachse erinnert an die sehr ausführliche und sachliche Diskussion im Hauptausschuss, die im Tenor ebenfalls in diese Richtung ging, von der Steuererhöhung für den Ersthund Abstand zu nehmen. Außerdem wurde im Hauptausschuss empfohlen, den vorgelegten Beschlussvorschlag zu ändern.

Mit der jetzt vorgelegten Anpassung würde die Stadt Mehreinnahmen von insgesamt nur 5.000 € erzielen. In ausführlicher Diskussion und nach verschiedenen Wortmeldungen zieht die Verwaltung diese Beratungsdrucksache zurück.

TOP 9.9 Beschluss über den Standort des Mitfahrerparkplatzes am südlichen Ketschendorfer Anger, östlich der August-Bebel-Straße in Fürstenwalde-Süd 6/031

Herr Tschepe erläutert die Beratungsdrucksache ausführlich und erläutert, dass es sich um einen Standortbeschluss handelt. Die Ausgestaltung im Detail wird erst im Rahmen der vertiefenden Planung festgelegt.

Seitens der SPD-Fraktion wird ein Änderungsantrag eingebracht. Er soll die Verwaltung beauftragen zu prüfen, ob die Parkplatzerrichtung um 3 bis 5 m von der Wohnbebauung in Richtung August-Bebel-Straße verschoben werden kann. Außerdem soll die Grünplanung nachweislich verbindlich in den Bebauungsplan aufgenommen werden. Die Abg. Wagner erläutert den Antrag nochmals ausführlich und geht darauf ein, dass die vorliegende Planung für die Stadtverordneten nicht die aktuellen Lagepläne sind. In der anschließenden ausführlichen Diskussion geht der Abg. Wende u.a. darauf ein, dass hier heute der Standort entschieden werden soll. Er bittet deshalb zu prüfen, ob der Antrag der SPD tatsächlich einen Änderungsantrag darstellt, da er die detaillierte Planung betrifft.

Und diese konkrete Ausführungsplanung und damit auch die vorgeschlagenen Punkte im Antrag werden im Stadtentwicklungsausschuss thematisiert.

Anschließend werden Für und Wider des Standortes und die dortige Platzaufwertung sehr kontrovers und emotional diskutiert. Nicht alle Fragen können abschließend beantwortet werden. Die Vorsitzende muss mehrmals zur Ruhe mahnen.

Der Abg. Hamacher beantragt, den Beratungsgegenstand in den Ausschuss zurückzuverweisen und mit einer repräsentativen Umfrage zu unterlegen. Dieser Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Abg. Dippe stellt den Antrag, zu prüfen, ob der Mitfahrerparkplatz an der Lise-Meitner-Straße realisiert werden kann.

Die Verwaltung und der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschuss sagen zu, dass alle gegebenen Hinweise, Spielräume und Detailfragen in den weiteren Prozess, in die Darstellung und Erläuterungen einfließen, nichts vergessen wird und im Fachausschuss ausführlich diskutiert werden kann.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt. Der Abg. Fischer beantragt eine namentliche Abstimmung.

Name	Ja	Nein	Enthaltung
Anke, Ulrich	x		
Apitz, Peter	x		
Aulich, Lars		x	
Benz, Rene	x		
Dippe, Christian		x	

Dost, Katja			X
Fiedler, Monika			X
Fischer, Thomas		X	
Gollmer, Martin	X		
Hamacher, Kai			X
Hemmerling, Klaus	X		
Henkel, Eberhard	X		
Hilke, Rolf		entschuldigt	
Hoffrichter, Jens	X		
Koch, Uwe	X		
König, Lutz		entschuldigt	
Krüger, Christina		X	
Ksink, Reinhard		X	
Lehmann, Karin	X		
Luban, Jürgen		X	
Miethke, Anja			X
Petenati, Wolfgang	X		
Radom, Käthe		X	
Rausch, Sebastian	X		
Rudolph, Matthias		X	
Sachse, Gerold		X	
Sarrach, Stefan		X	
Seiler, Janett		entschuldigt	
Teichmann, Jürgen		entschuldigt	
Wagner, Elke		X	
Wende, Stephan	X		
Zänker, Jens-Olaf		X	
Hengst, Hans-Ulrich	X		

Der Abg. Dippe erklärt, dass er die Reihenfolge der Abstimmung durch die Kommunalaufsicht klären lassen will. Er vertritt die Auffassung, dass über seinen Antrag hätte abgestimmt werden müssen, bevor der Grundsatzbeschluss zum Standort gefasst wurde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Standort des Mitfahrerparkplatzes am **südlichen Ketschendorfer Anger** östlich der August-Bebel-Straße in Fürstenwalde-Süd.

Zustimmung Ja 16 Nein 11 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.10 Ausführungsbeschluss für das Bauvorhaben Herstellung Roteichenstraße 6/054

Beschluss:

Die Ausführung des Bauvorhabens Herstellung Roteichenstraße wird, entsprechend der vorliegenden Planung, beschlossen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.11 24. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde 6/051

de/Spree (Bereiche Kiesweg und Nordpark) hier: Einleitungsbeschluss

Der Abg. Fischer beantragt, die Sitzung für eine Beratungspause zu unterbrechen. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Anschließend wird die Sitzung fortgesetzt und der TOP 9.11. aufgerufen. Es besteht kein weiterer Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 24. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9.12 Bebauungsplan Nr. 82 "Caravancenter Lindenstraße" 6/052
hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2
BauGB**

In der anschließenden Diskussion werden die Anfragen der Stadtverordneten weitestgehend geklärt. Der potentielle Investor soll zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss eingeladen werden, um sein Vorhaben vorzustellen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 82 "Caravancenter Lindenstraße" in der Fassung vom 21.10.2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie i.V.m. § 4a BauGB gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 22 Nein 1 Enthaltung 6 Befangen 0

TOP 9.13 Standortänderung der Leuchtboje Kreisverkehr Hegelstrasse 6/055

Herr Roch verweist auf die ausführliche Diskussion im Fachausschuss. Die Leuchtboje soll auf dem Innenring des Kreisels mit entsprechendem Abstand zur aufstehenden Eiche platziert werden.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde hebt den lt. DS-Nr.:6/015 gefassten Beschluss vom 8.07.2014 auf.
2. Der vorgeschlagene Standort lt. beigefügter Anlage im Inneren des Kreisverkehrs- Hegelstrasse wird betätigt.

Zustimmung Ja 20 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 9.14 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Grünpflege **6/050**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/Spree genehmigt die überplanmäßige Ausgabe für die Pflege der Grünanlagen und Unratbeseitigung auf und an den Grünanlagen in Höhe von **135.400 €**.

Zustimmung Ja 13 Nein 7 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 9.15 Entwurf einer neuen Hauptsatzung **6/059**

Dr. Fehse erläutert, dass es in Abstimmung in der Arbeitsgruppe heute darum geht, den vorliegenden –in der Arbeitsgruppe gemeinsam erarbeiteten- Satzungsentwurf zur Kenntnis zu nehmen. Er soll vor einer entsprechenden Beschlussfassung der Kommunalaufsichtsbehörde zur Prüfung der Rechtmäßigkeit vorgelegt werden. Der Abg. Sachse bittet um eine redaktionelle gendergerechte einheitliche Überarbeitung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree nimmt den Entwurf der Hauptsatzung (Anlage) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diesen Entwurf von der Kommunalaufsichtsbehörde auf Rechtmäßigkeit prüfen zu lassen und danach der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 10 Informationen der Verwaltung

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

TOP 11 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Der Abg. Sarrach geht noch einmal auf den Beschluss ein, kostenfreie Schwimmkurse anzubieten. Er fragt die Verwaltung, wie der Beschluss ausgeführt wird. Wird es eine Schrittfolge geben, wonach a.) in den Schulkonferenzen der vorrangige kostenfreie Schwimmunterricht früher als in der 3. Klasse beantragt wird und durchgeführt werden soll. Sollen die Beschlüsse und die Umsetzung im Rahmenlehrplan abgewartet werden und b.) falls diese Beschlüsse nicht gefasst werden oder unabhängig davon der kostenlose Schwimmkurs trotzdem ab dem 01.01.2015 angeboten werden und woher soll dann die Kostendeckung kommen.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Umsetzung zum 01.01.2015 nicht gelingen wird, denn in den Haushaltsberatungen müssen dafür die Voraussetzungen geschaffen werden. Sofern der Haushaltsplan verabschiedet ist – voraussichtlich März 2015 – kann mit der Umsetzung begonnen werden. Unabhängig davon, ob in der Schulkonferenz diese Beschlüsse gefasst worden sind oder nicht. Parallel soll die Einbringung in die frühestmöglichen Schulkonferenzen erfolgen.

Der Abg. Dippe fragt nach einem WLAN-Zugang für die Gäste der STVV.
Dr. Fehse führt aus, dass sich das Anliegen noch in der Prüfung befindet, weil der EDV-Bereich die Ausföassung vertritt, dass die Verwaltung dann wie ein kommerzieller Internet-Anbieter auftritt und alle entsprechenden Bedingungen einzuhalten wären.

Der Abg. Dippe regt an, angesichts der offensichtlich zunehmenden Einbruchsdelikte einen „Präventionsworkshop“ gemeinsam mit der Polizei zu organisieren.

Abg. Wagner fragt an, welche Aktivitäten die Verwaltung unternommen hat, um die Umgehungsstrecke/Umleitungsstrecke Friedensstraße für die August-Bebel-Straße mit in die Sanierungsplanung aufzunehmen. Sie begründet die Anfrage mit einem Gespräch, dass sie mit einem Mitarbeiter des Landesstraßenbaubetriebes Frankfurt (Oder) führte und der aussagte, dass die Friedensstraße komplett hätte ausgebaut werden können, wenn sich die Verwaltung geschickter angestellt hätte.

Der Bürgermeister bringt seinen Unmut zum Ausdruck über derartige Aussagen, denn seit über 10 Jahren kämpft die Stadt um den Ausbau der August-Bebel-Straße. Die Sanierung ist kurzfristig möglich geworden, weil andere Kommunen Mittel zurückgegeben haben. Herr Hengst wird diesbezüglich mit dem Landesbetrieb für Straßenwesen Kontakt aufnehmen.

Der Abg. Zänker fragt an, ob die Verwaltung bereits einschätzen kann, ob es durch die Abgabe der Oberschulen zu Einsparungen im Haushalt kommen wird.

Der Bürgermeister führt aus, dass es natürlich Einsparungen gegeben hat. Die tatsächliche Höhe ist aus den Vergleichen der Haushalte 2013 und 2015 zu entnehmen.

TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Monika Fiedler

Franka Koch

Vorsitzende

Schriftführerin